

 Bundeskanzleramt

bundeskanzleramt.gv.at

Karl Nehammer
Bundeskanzler

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2022-0.441.843

Wien, am 17. August 2022

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Krisper, Kolleginnen und Kollegen haben am 17. Juni 2022 unter der Nr. **11393/J** eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Folgeanfrage Evakuierungen von Schutzsuchenden aus Nachbarländern der Ukraine“ an mich gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 3:

1. *Welche Position vertraten Sie hinsichtlich der Evakuierung von Schutzsuchenden aus der Ukraine aus den Nachbarstaaten der Ukraine wann in welchen formellen und informellen Gremien auf EU- und internationaler Ebene*
 - a. *über Relocation in andere EU-Mitgliedstaaten, die noch Ressourcen haben und daher adäquate Unterbringung anbieten können?*
 - b. *über Resettlement in Staaten außerhalb der EU?*
2. *Wann war die Evakuierung von Schutzsuchenden aus Nachbarstaaten der Ukraine in Diskussion*
 - a. *auf nationaler Ebene?*
 - i. *in welchen Gremien?*

- ii. in welchen nicht formalisierten Runden mit welchen Teilnehmer_innen außerhalb Ihres Ressorts?*
 - iii. in Ihrem Ressort?*
 - a. Welche Position haben Sie bzw. wer aus Ihrem Ressort dort jeweils vertreten?*
- 3. Wann war die Evakuierung von Schutzsuchenden aus Nachbarstaaten der Ukraine in Diskussion*
 - a. auf europäischer Ebene*
 - i. in welchen Gremien?*
 - ii. in welchen nicht formalisierten Runden mit welchen Teilnehmer_innen?*
 - b. Welche Position haben Sie bzw. wer aus Ihrem Ressort dort jeweils vertreten?*

Ergänzend zur Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 10272/J vom 23. März 2022 möchte ich in Bezug auf das gesamteuropäische Vorgehen darauf hinweisen, dass der Europäische Rat in seinen Schlussfolgerungen am 30. und 31. Mai 2022 festhielt, die Ukraine auf allen Ebenen zu unterstützen und weiterhin eng mit internationalen Partnern zusammenzuarbeiten. Die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 23. und 24. Juni 2022 bekräftigen, dass der Europäische Rat fest an der Seite der Ukraine steht.

Um ein gesamteuropäisches Vorgehen sicherzustellen und zu erleichtern, wurde nach der russischen Invasion der Ukraine am 24. Februar 2022 unter anderem der Krisenkoordinierungsmechanismus der EU, der sog. Integrated Political Crisis Response (IPCR) aktiviert. In diesem Rahmen finden seit 28. Februar 2022 regelmäßig Sitzungen zur Koordinierung eines gemeinsamen Vorgehens für verschiedene Problemstellungen im Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine statt. Darüber hinaus werden regelmäßige Sitzungen einer Solidaritätsplattform unter Leitung der Europäischen Kommission abgehalten, die der EU-weiten Zusammenarbeit und dem Informationsaustausch, etwa über konkrete Transfers und Aufnahmekapazitäten eine ergänzende operative Plattform bietet. Österreich nimmt an den Sitzungen dieser beiden Gremien teil.

Seit Beginn des Krieges am 24. Februar 2022 sind nach Angaben des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR) mit Stand 21. Juni 2022 mehr als acht Millionen Menschen aus der Ukraine in die umliegenden Nachbarländer geflohen, um von dort aus weiteren Schutz in Europa zu suchen. Der Europäische Rat am 30. und 31. Mai 2022 hielt fest, dass die EU und ihre Mitgliedsstaaten nach wie vor entschlossen sind, Menschen, die vor dem Krieg in der Ukraine geflohen sind, aufzunehmen und ihnen Sicherheit zu bieten, auch indem sie Nachbarländern helfen.

In Bezug auf die kritische Haltung der Bundesregierung zu Solidaritätsmechanismen mit Fokus auf Relokation im Rahmen der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems darf ich auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 10718/J vom 20. April 2022 durch die Bundesministerin für EU und Verfassung verweisen.

Zu Frage 4:

4. *Die Regierungschef_innen und Vertreter_innen welcher Länder trafen Sie seit dem 23.2.2022?*
 - a. *Machten Sie die Evakuierung von Schutzsuchenden aus Nachbarstaaten der Ukraine selbst zum Thema?*
 - b. *War die Evakuierung von Schutzsuchenden aus Nachbarstaaten der Ukraine vonseiten Ihres Gesprächspartners Thema?*
 - c. *Welche Position vertraten Sie?*
 - d. *Welches Verhalten versuchten Sie von Ihrem Gegenüber zu erwirken?*
 - e. *Machten Sie die Sanktionen gegen Russland selbst zum Thema?*
 - f. *Waren die Sanktionen gegen Russland vonseiten Ihres Gesprächspartners Thema?*
 - g. *Welche Position vertraten Sie jeweils?*
 - h. *Welches Verhalten versuchten Sie von Ihrem Gegenüber zu erwirken?*

In Ergänzung meiner Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 10272/J vom 23. März 2022 fanden nachfolgende Gespräche statt:

Betreffend Gespräche der europäischen Staats- und Regierungschefs:

- Außerordentliche Tagung des Europäischen Rates vom 30. und 31. Mai 2022: <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/bundeskanzleramt/nachrichten-der-bundesregierung/2022/05/bundeskanzler-nehammer-gasembargo-wird-kein-bestandteil-weiterer-sanktionen-sein.html>
- Westbalkan-Gipfel am 23. Juni 2022 <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/bundeskanzleramt/nachrichten-der-bundesregierung/2022/06/nehammer-wichtig-bosnien-eine-perspektive-zu-geben.html>
- Europäischer Rat vom 23. und 24. Juni 2022: <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/bundeskanzleramt/nachrichten-der-bundesregierung/2022/06/nehammer-wichtig-bosnien-eine-perspektive-zu-geben.html>
- "Euro-atlantisches Abendessen" am Rande des NATO-Gipfels in Madrid am 29. Juni 2022

Betreffend bilaterale Treffen im Kontext der russischen Aggression gegen die Ukraine:

- Treffen mit der Präsidentin des Europäischen Parlaments, Roberta Metsola, am 24. März 2022
- Treffen mit dem Bundeskanzler Deutschlands, Olaf Scholz, am 31. März 2022
- Treffen mit dem Vizekanzler Deutschlands, Robert Habeck, am 1. April 2022
- Treffen mit dem Finanzminister Deutschlands, Christian Lindner, am 1. April 2022
- Treffen mit dem Präsidenten der Ukraine, Wolodymyr Selenskyj, und dem Premierminister der Ukraine Denys Schmyhal am 9. April 2022
- Treffen mit dem Präsidenten der Russischen Föderation, Vladimir Putin, am 11. April 2022
- Treffen mit dem Mitglied des Deutschen Bundestags und stv. Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU, Jens Spahn, am 4. Mai 2022
- Treffen mit dem VN-Generalsekretär, António Guterres, am 11. Mai 2022
<https://www.bundeskanzleramt.gv.at/bundeskanzleramt/nachrichten-der-bundesregierung/2022/05/oesterreichs-verpflichtung-zu-unmittelbarer-hilfe.html>
- Treffen mit dem tschechischen Premierminister Petr Fiala, am 17. Mai 2022:
<https://www.bundeskanzleramt.gv.at/bundeskanzleramt/nachrichten-der-bundesregierung/2022/05/bundeskanzler-nehammer-tschechien-uebernimmt-eu-ratsvorsitz-in-entscheidender-phase.html>
- Treffen mit der Präsidentin von Moldau, Maia Sandu, am 1. Juni 2022
- Treffen mit dem marokkanischen Premierminister, Aziz Akhannouch, am 1. Juni 2022
- Treffen mit dem slowakischen Premierminister, Eduard Heger, am 3. Juni 2022
- Treffen mit dem Vizepräsidenten der Europäischen Kommission, Maroš Šefčovič, am 3. Juni 2022
- Treffen mit dem nordmazedonischen Premierminister, Dimitar Kovachevski, am 3. Juni 2022
- Treffen mit der estnischen Ministerpräsidentin, Kaja Kallas, am 10. Juni 2022:
<https://www.bundeskanzleramt.gv.at/bundeskanzleramt/nachrichten-der-bundesregierung/2022/06/partnerschaftliche-zusammenarbeit-mit-estland-weiter-verstaerken.html>
- Treffen mit dem Exekutivdirektor des Welternährungsprogramms (WFP), David Beasley, am 13. Juni 2022
- Treffen mit dem Präsidenten der ukrainischen Werchowna Rada (Parlament), Ruslan Stefanchuk, am 14. Juni 2022

- Treffen mit dem Präsidenten von Montenegro, Milo Đukanović, am 23. Juni 2022
- Treffen mit der Präsidentin von Kosovo, Vjosa Osmani, am 23. Juni 2022
- Treffen mit dem serbischen Präsidenten, Alexander Vučić, am 23. Juni 2022
- Treffen mit dem Vorsitzenden des Staatspräsidiums von Bosnien und Herzegowina, Šefik Džaferović, am 23. Juni 2022
- Treffen mit dem albanischen Premierminister, Edi Rama, am 25. Juni 2022
- Arbeitsgespräch mit dem Präsidenten von Botswana, Mokgweetsi Masisi, am 27. Juni 2022: <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/bundeskanzleramt/nachrichten-der-bundesregierung/2022/06/eu-will-weiterhin-starker-partner-fuer-afrika-sein.html>
- Treffen mit dem niederländischen Königspaar, König Willem-Alexander der Niederlande und Königin Máxima der Niederlande, am 28. Juni 2022
- Treffen mit dem türkischen Präsidenten, Recep Tayyip Erdogan, am 29. Juni 2022
- Treffen mit dem irischen Premierminister, Micheál Martin, am 29. Juni 2022
- Treffen mit dem Bürgermeister von Kyjiw, Vitali Klitschko, am 29. Juni 2022
- Treffen mit dem Premierminister von Montenegro, Dritan Abazović, am 7. Juli 2022
- Treffen mit dem Premierminister von Georgien, Irakli Gharibashvili, am 8. Juli 2022
- Treffen mit dem Premierminister des Staates Israel, Yair Lapid am 12. Juli 2022 (sowie weiterer Vertreter der israelischen Regierung) und Oppositionsführer Benjamin Netanyahu am 13. Juli 2022
- Treffen mit dem zypriotsischen Präsidenten, Nikos Anastasiadis am 13. Juli 2022
- Treffen mit dem Präsidenten des Libanon, Michel Aoun am 14. Juli 2022
- Treffen mit dem Premierminister der Slowakei, Eduard Heger am 18. Juli 2022
- Treffen mit dem Ministerpräsidenten von Ungarn Viktor Orban am 28. Juli 2022

In Hinblick auf den Inhalt der Gespräche darf ich auf meine Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 10272/J vom 23. März 2022 verweisen. Die dort umfassend dargelegten Anliegen sind unverändert geblieben und werden von mir und allen Mitgliedern der Bundesregierung im Rahmen ihrer Zuständigkeiten verfolgt.

Zu den Fragen 5 bis 17:

5. *Wie viele Schutzsuchende aus der Republik Moldau hat Österreich bis zum Zeitpunkt der Anfragebeantwortung aufgenommen?*
6. *Wie, worüber und wann werden bzw. wurden in der Republik Moldau aufhältige Schutzsuchende, deren Aufnahme in Österreich geplant war bzw. ist, informiert?*

7. Wie viele Flüge wurden zu diesem Zweck jeweils wann durchgeführt?
 - a. Mit wie vielen Personen jeweils?
8. Wie verlief die Koordinierung mit dem UNHCR?
9. Nach Angaben des Kanzleramts sollte bei der Aufnahme von Schutzsuchenden aus der Moldau ein "Fokus auf besonders schutzbedürftige Personen" gelegt werden. Daher solle es auch um "spezielle Unterkünfte für Menschen mit Behinderung oder für unbegleitete Kinder gehen" (siehe "Österreich übernimmt 2.000 Flüchtlinge aus Moldawien", ORF). Wie viele der bis zum Zeitpunkt der Anfragebeantwortung aus der Republik Moldau aufgenommenen Personen sind besonders schutzbedürftige Personen?
 - a. Wie viele davon
 - i. sind unbegleitet und minderjährig?
 - ii. haben eine körperliche oder psychische Behinderung?
 - iii. sind erkrankt oder brauchen eine spezifische medizinische Versorgung?
 - iv. haben Formen psychischer, physischer oder sexueller Gewalt erlitten?
 - v. sind Opfer von Menschenhandel?
 - vi. sind aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtsspezifischer Voraussetzungen besonders schutzbedürftig?
 - vii. in welcher anderen Form besonders schutzbedürftig?
10. Welche Vorkehrungen wurden jeweils wann getroffen, um sicherzustellen, dass die aufgenommen besonders schutzbedürftigen Personen in Österreich ihren Bedürfnissen entsprechend adäquat versorgt und untergebracht werden können?
11. Sollten zum Zeitpunkt der Anfragebeantwortung weniger als 2.000 Schutzsuchende aus Moldawien in Österreich aufgenommen worden sein: aus welchen Gründen?
 - a. Gab es Probleme bzw. Schwierigkeiten hinsichtlich der
 - i. Koordinierung mit der Republik Moldau bzw. mit den moldawischen Behörden?
 - ii. Auswahl der Schutzsuchenden?
 - iii. Information der Schutzsuchenden?
 - iv. Koordinierung mit dem UNHCR?
 - v. Organisation bzw. des Verlaufs des Transports?
 - vi. Versorgungs- und Unterbringungskapazitäten in Österreich?
 - b. Gab es sonstige Schwierigkeiten?
 - i. Wenn ja, welche genau und welche Maßnahmen wurden dagegen von welcher Stelle Ihres Ressorts wann gesetzt?
12. Wie viele Schutzsuchende aus Polen hat Österreich bis zum Zeitpunkt der Anfragebeantwortung aufgenommen?

13. Wie, worüber und wann werden bzw. wurden in Polen aufhältige Schutzsuchende, deren Aufnahme in Österreich geplant war bzw. ist, informiert?
14. Wie viele Flüge wurden zu diesem Zweck jeweils wann durchgeführt?
 - a. Mit wie vielen Personen jeweils?
15. Wird bei der Aufnahme von Schutzsuchenden aus Polen auch ein "Fokus auf besonders schutzbedürftige Personen" gelegt?
 - a. Wenn ja, wie viele der bis zum Zeitpunkt der Anfragebeantwortung aus Polen aufgenommenen Personen sind besonders schutzbedürftige Personen?
 - i. Wie viele davon
 1. sind unbegleitet und minderjährig?
 2. haben ein körperliche oder psychische Behinderung?
 3. sind erkrankt oder brauchen eine spezifische medizinische Versorgung?
 4. haben Formen psychischer, physischer oder sexueller Gewalt erlitten?
 5. sind Opfer von Menschenhandel?
 6. sind aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtsspezifischer Voraussetzungen besonders schutzbedürftig?
 7. in welcher anderen Form besonders schutzbedürftig?
 - b. Wenn nein, was genau wurde mit Polen ausgemacht bzw. welche Personen oder Personengruppen möchte Österreich aufnehmen?
 16. Welche Vorkehrungen wurden jeweils wann getroffen, um sicherzustellen, dass die aufgenommen Schutzsuchenden aus Polen ihren Bedürfnissen entsprechend adäquat versorgt und untergebracht werden können?
 17. Sollten zum Zeitpunkt der Anfragebeantwortung keine Schutzsuchenden oder weniger als 500 Schutzsuchende aus Polen in Österreich aufgenommen worden sein: aus welchen Gründen?
 - a. Gab es Probleme bzw. Schwierigkeiten hinsichtlich der
 - i. Koordinierung mit Polen bzw. mit den polnischen Behörden?
 - ii. Auswahl der Schutzsuchenden?
 - iii. Information der Schutzsuchenden?
 - iv. Koordinierung mit dem UNHCR?
 - v. Organisation bzw. des Verlaufs der Transporte?
 - vi. Versorgungs- und Unterbringungskapazitäten in Österreich?
 - b. Gab es sonstige Schwierigkeiten?
 - i. Wenn ja, welche genau und welche Maßnahmen wurden dagegen von welcher Stelle Ihres Ressorts wann gesetzt?

Ich ersuche um Verständnis, dass diese Fragen nach den Bestimmungen des Bundesministeriengesetzes 1986 in der nunmehr geltenden Fassung, BGBl. I Nr. 98/2022, nicht Gegenstand meines Vollziehungsbereiches sind und somit nicht beantwortet werden können. Darüber hinaus darf ich auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 11394/J vom 17. Juni 2022 durch den Bundesminister für Inneres verweisen.

Karl Nehammer

